

**An die  
Mülheimer Medien****07.11.2017****Etat-Diskussion: CDU fordert bedarfsgerechten und bezahlbaren ÖPNV!**

Die CDU-Fraktion verlangt weiterhin, dass aufgrund eines jährlichen Defizits des Öffentlichen Personennahverkehrs in Mülheim an der Ruhr in Höhe von 35 Mio. € und städtischer Schulden von über 2 Mrd. € Sparen kein Tabu sein darf.

Immerhin zahlt jeder Mülheimer - vom Baby bis zum Rentner - umgerechnet über 200 € jährlich nur für den ÖPNV, auch wenn er ihn gar nicht nutzt. „Die rot-grüne Ratsmehrheit verfährt nach

dem Motto: ÖPNV kostet Geld, ganz gleich wieviel! Äußert man daran Kritik, wird man persönlich von „SPD-Nahverkehrsexperten“ wie Daniel Mühlenfeld angegriffen und in den Medien so dargestellt, als wenn man nicht wüsste, was man eigentlich will.“, so CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Michels.

Zur Faktenlage:

1. Es war die CDU-Fraktion, die im Rahmen des Nahverkehrsplans (NVP) vorschlug, am Broicher Friedhof einen Verknüpfungspunkt zwischen Straßenbahn und Bus einzurichten und die Linienführung der Buslinie 131 so zu ändern, dass weitere Wohngebiete erschlossen werden. Die SPD-Fraktion lehnte dieses ab und der SPD-Stadtverordnete Mühlenfeld jun. propagierte stattdessen eine Straßenbahn nach Saarn. Hierüber wurde über ein Jahr lang eine völlig überflüssige Diskussion geführt und der Nahverkehrsplan in diesem Bereich nicht weiterentwickelt. Wenn nun Schienen im Uhlenhorst verlegt werden, damit die Straßenbahn leer durch den Wald fahren kann, so ist der „Nahverkehrsexperte“ der SPD nicht unschuldig daran.
2. Ein weiterer Punkt der Haushaltsausweitung ist der von Rot-Grün beschlossene 10-Minutentakt auf der Straßenbahnlinie 102. Das kostet knapp 1 Mio. € pro Jahr mehr die Stadt. Umgerechnet zahlt jeder Bürger fast 6 € jährlich nur dafür. Dieser Beschluss wurde ebenfalls von Rot-Grün durchgesetzt, obwohl die MVG/Ruhrbahn die in den Stoßzeiten auftretenden Probleme mit Einsatzwagen beheben konnte. Auch das Problem, Mintarder Schüler rechtzeitig zur Schule zu bringen, konnte mit Einsatzwagen gelöst werden. Das spielte aber keine Rolle: Durch Rot-Grün musste eine neue Buslinie eingerichtet werden.

3. Die CDU-Fraktion hat - trotz Bedenken - übrigens der Taxibuslösung im Rumbachtal zugestimmt, was der „SPD-Nahverkehrsexperte“ wohl nicht mehr präsent hat. Allerdings sollte er dieses Angebot noch einmal mit überprüfen, da es an 100 Tagen nur 17 Mal in Anspruch genommen wurde.
4. Rot-Grün hat im Juli d.J. die kostenträchtigen Erweiterungen des Nahverkehrsplans gegen die Stimmen der CDU-Fraktion durchgesetzt. Im Rat haben wir deshalb gegen den so verteuerten NVP gestimmt. Die Behauptung, dass wir damit 500 Arbeitsplätze bei der MVG/Ruhrbahn gefährden, entspringt der Phantasie des „SPD-Nahverkehrsexperten“. Vielmehr ist richtig, dass diese Kostensteigerung des Etats der MVG/Ruhrbahn um über 1 Mio. € auf dann weit über 35 Mio. € möglicherweise von einem Sparkommissar gekappt wird. Dann wären tatsächlich Arbeitsplätze gefährdet.

F.d.R.

Hansgeorg Schiemer  
- Fraktionsgeschäftsführer -